

**Historikertag 2002:
Globalisierungsgegner? Die
Abschottungstendenzen der
NS-Wirtschaft und ihre Wirkungen im
internationalen und intertemporalen
Vergleich**

Veranstalter: 44. Deutscher Historikertag
Datum, Ort: 12.09.2002, Halle an der Saale
Bericht von: Uwe Fraunholz, Tübingen/Dresden

Der modische Begriff „Globalisierung“ wird seit einigen Jahren in den Medien inflationär gebraucht. Dass die Kategorie dennoch heuristischen Wert besitzt, wenn man sie auf ihren ökonomischen Kern zurückführt, haben spätestens Kevin O'Rourke und Jeffrey Williamson mit ihrem 1999 erschienenen Standardwerk zur Thematik gezeigt: Seitdem ist klar, dass Globalisierung eine Geschichte hat. Die Autoren betonen darin die Bedeutung von Migrationsströmen und neoklassischen Handelseffekten gegenüber einer traditionelleren Sichtweise, die vor allem mit der Industrialisierung verbundene Technologietransfers für die beobachtbare Einkommenskonvergenz verantwortlich machte. Vermehrter Handel, stimuliert durch fallende Transportkosten, sowie Verschiebungen in den Faktorausstattungen hätten demnach das Fallen der Preise für lokal knappe Güter begünstigt und eine langfristige Angleichung der Lebensstandards bewirkt. Die Jahre von 1850 bis 1913 erscheinen als erste Phase der Globalisierung, auf die im Zeitalter der Weltkriege eine Phase der Desintegration folgte. Seit den 1950er Jahren gewann die Idee des freien Weltmarktes wieder an Gewicht, der Integrationsgrad von 1913 wurde aber erst um 1970 wieder erreicht¹.

Dass der Prozess der Transnationalisierung des neoklassischen Marktmodells einer geschlossenen Marktwirtschaft gerade für quantitativ arbeitende Wirtschaftshistoriker einen spannenden Analyserahmen bietet, liegt auf der Hand. Erklärungsbedürftig ist dagegen eine Position, welche die Nationalsozialisten als „Globalisierungsgegner“ bezeichnet. All zu leicht könnten sich die Demonstranten von Seattle und Genua, französische Bauernführer oder die Aktivisten von attac in falscher

Gesellschaft wiederfinden. In seinen einleitenden Worten erklärte Organisator Jörg Baten (Tübingen) daher den Aufmacher seiner Sektion, definierte „Globalisierung“ im Sinne von O'Rourke und Williamson als die Integration der Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte und stellte damit klar, dass es nicht darum geht, Kritiker heutiger Prozesse semantisch in die falsche Ecke zu stellen, sondern tatsächliche Globalisierungsgegnerschaft historisch zu fassen. Die heute als „Globalisierungsgegner“ bezeichneten Gruppen, die sich gegen Kinderarbeit einsetzen oder für den Erhalt kultureller Vielfalt kämpfen, hält Baten eher für Kapitalismuskritiker, die von den wahren Globalisierungsgegnern zu unterscheiden sind. Die europäische Auswanderung des 19. Jahrhunderts und der Import überseeischen Weizens sind in dieser Sichtweise Hinweise auf einen Globalisierungsprozess, während die Errichtung von Schutzzöllen und der Ruf nach Immigrationsbeschränkungen als Ausdruck von Globalisierungsgegnerschaft zu bewerten sind. Der „Bund der Landwirte“ in Deutschland und immigrationsfeindliche Arbeiterführer in den USA sind demnach ebenso als Feinde des globalen Integrationsprozesses zu bezeichnen wie die Nationalsozialisten mit ihren Autarkievorstellungen, die - so Batens These - einen Extremfall der Globalisierungsgegnerschaft darstellten. Die nun folgenden Sektionsbeiträge zeichneten sich vor allem durch ihren interdisziplinären Zugang sowie die Orientierung an formalen Modellen aus.

In ihrem Beitrag zu den gesundheitlichen Wirkungen der NS-Abschottungspolitik² stellten Baten und Andrea Wagner (München) für die Jahre 1933 bis 1937 eine Verschlechterung des biologischen Lebensstandards fest: Konnte die NS-Wirtschaftspolitik in der Vorkriegszeit bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und beim Wachstum des Bruttosozialprodukts einige vordergründige Erfolge verbuchen, so schlugen sich die Autarkiebestrebungen in den biologischen

¹ vgl. Kevin H. O'Rourke/ Jeffrey G. Williamson: Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy, Cambridge/Mass. 1999.

² Jörg Baten/ Andrea Wagner: Autarchy, Market Desintegration, and Health: the Mortality and Nutritional Crisis in Nazi Germany, 1933-1937.

Download: <http://www.uni-tuebingen.de/uni/wwl/Baten%20wagner.doc>

Komponenten des Lebensstandards, wie Morbidität, Sterberisiko und Ernährungssituation negativ nieder. Die Körpergrößen, bei fehlenden oder in Diktaturen manipulierten Daten zum Bruttoinlandsprodukt ein guter Proxy für den Lebensstandard, stagnierten im Deutschland der 1930er Jahre, während sie im übrigen Europa weiter anstiegen. Wagner und Baten benannten verschiedene Ursachen für die Verschlechterung des Lebensstandards in der frühen NS-Zeit, wie die steigenden Militärausgaben, erhöhte Arbeitsbelastung und die Verdrängung jüdischer Ärzte. Auch aufgrund fehlender Investitionen in das öffentliche Gesundheitswesen und wegen der zahlreichen Eingriffe in den Preismechanismus waren erhebliche soziale Kosten zu beklagen, die insbesondere von der Bevölkerung in den größeren Städten und den Küstenregionen zu tragen waren: In den vorgestellten Regressionsmodellen zeigten sich vor allem in diesen traditionellen Lebensmittelimportregionen signifikante Verschlechterungen des Lebensstandards. Diesen Befund deuteten die Autoren als Hinweis auf die negativen Wirkungen von Lebensmittelimportbeschränkungen und einer Desintegration der Märkte. Preisregulierungen und die Reduzierung des Zwischenhandels verkleinerten demnach die Handelsspannen, so dass die Bauern die von ihnen produzierten Proteine verstärkt selbst konsumierten.

In der sich anschließenden Diskussion wurde - neben grundsätzlicher Zustimmung, welche die zwingende Beweisführung des Vortrags herausstellte - vor allem die Unterfütterung des quantitativen Befundes durch qualitative Quellenarbeit angemahnt. Die Analyse von Musterungsberichten könnte hier ein gangbarer Weg sein, während die „Ernährungs- und Mortalitätskrise“ auf ministerieller Ebene, wie die Autoren einräumen mussten, keinen Niederschlag gefunden hat. Der gewichtigste Einwand bezog sich aber darauf, dass Importrückgänge bei Lebensmitteln aufgrund mangelnder Daten nicht tief regional differenziert gemessen werden können. So wurde auf die starke Selbstproduktion der Küstenregionen verwiesen und der Zusammenhang zwischen Autarkiebestrebungen und Verschlechterun-

gen des Lebensstandards bezweifelt. Auch könnten verschiedene, außerhalb der Anti-Globalisierungstendenz liegende Faktoren, wie Veränderungen der Wohnverhältnisse, hygienische Defizite, eine sich wandelnde Ernährungskultur (Surrogate, Vitaminmangel, Fettlücke) oder die verstärkte Lagerhaltung (Milchpulver) im Zuge der Kriegsvorbereitung für gesundheitliche Probleme der NS-Gesellschaft verantwortlich gemacht werden.

Auch Michael Ebi (Mannheim) betonte in seinem Beitrag über die industriellen Exporte von 1933 bis 1939 die schädlichen Wirkungen der Binnenorientierung des nationalsozialistischen Wirtschaftssystems³. Die nach 1933 steigende Nachfrage deutscher Verbraucher nach ausländischen Produkten und der steigende Rohstoffverbrauch der deutschen Industrie führten zu einer negativen Handelsbilanz, die nur mit einer Steigerung des Exportvolumens zu beheben war. Um die Exporterlöse zu steigern, verfolgten die NS-Machthaber unterschiedliche Strategien, die sowohl Wechselkursmanipulationen als auch eine direkte Förderung der Ausfuhr umfassten. Ebi erläuterte im Detail das staatliche Instrumentarium der Exportförderung (Auslandsbonds, Sperrmark/ Registermark, Konversionskasse) und stellte heraus, dass die komplizierten Verfahren wegen der hohen Transaktionskosten und der Gefahr von Kursschwankungen zu wenig Anreize für den Export boten. Erst die 1935 eingeführte Exportförderumlage der deutschen Industrie brachte mit dem kurzfristigen Anstieg des deutschen Anteils am Welthandelsvolumen einen kurzfristigen Erfolg, ehe der deutsche Export 1938 einbrach. Insgesamt konnten staatliche Maßnahmen die mangelnde Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie nicht ausgleichen.

Im Plenum wurde der Beitrag wohlwollend aufgenommen, die Ausblendung der politischen Dimension allerdings moniert. Schließlich stellt sich die Frage, ob in einer sich bereits ab 1930 auf den mitteleuropäischen Großraum ausrichtenden Industrie eine Steigerung der Exporte tatsächlich gewollt wurde. Da ohnehin nur der Export nicht konkur-

³ vgl. Michael Ebi: Devisenrecht und Außenhandel, in: Gosewinkel, Dieter/ Fischer, Wolfram (Hrsg.): Wirtschaftskontrolle und Recht in der nationalsozialistischen Diktatur. Baden-Baden 2003. (erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2003)

renzfähiger Waren gefördert wurde, ist nach der qualitativen Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte zu fragen. Rüdiger Hachtmann (Berlin) regte außerdem an, die deutsche Exportförderpolitik international zu verorten: Warum wurden die erfolgreichen Strategien Frankreichs und der Schweiz in diesem Bereich nicht kopiert?

Im Gegensatz zu seinen Vorrednern verwies Jochen Streb (Mannheim) auf effizienzsteigernde Effekte der NS-Wirtschaftspolitik. Am Beispiel der technologischen Entwicklung in der Synthesekautschukproduktion verdeutlichte er, wie die staatliche Technologiepolitik im Zweiten Weltkrieg Einfluss auf den Innovationsprozess in dieser kriegswichtigen Industrie gewann⁴. Preis- und Absatzgarantien waren sowohl in Deutschland als auch in den USA eine Vorbedingung für die privat-industrielle Fertigung von BUNA S. Da die NS-Kriegswirtschaft im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten mit Festpreis-Lieferverträgen arbeitete, wurden den deutschen Synthesekautschukerzeugern stärkere Anreize gegeben, ihre Produktionskosten durch innerbetriebliche Effizienzsteigerungen zu verringern. Streb verdeutlichte diesen Rationalisierungsvorsprung der deutschen Kautschukindustrie, indem er in einer kontraktischen Modellrechnung die Kostenvorteile amerikanischer Hersteller durch Gewinnung des Ausgangsstoffes Butadien aus Erdöl (im Gegensatz zur Verwendung von Kohle in Deutschland) eliminierte. Die amerikanischen Hersteller, die zu Selbstkostenpreisen produzierten und ihr Wissen mit der Konkurrenz zu teilen hatten, verbesserten unter dem Druck heimischer Reifenhersteller vor allem die Verarbeitbarkeit ihres Produktes. In den 1950er Jahren setzte die US-Industrie einige wichtige Innovationen der IG-Farben („cold rubber“, synthetischer Naturkautschuk) im Synthesekautschukbereich um.

Obwohl in dem Beitrag die seinerzeit heftig geführte Debatte um „modernisierende“ Intentionen und Wirkungen der NS-Politik wieder anklang, regte sich kaum Widerspruch⁵. Ein Einspruch, der auf den Einsatz von Zwangsarbeitern abzielte, wurde mit dem Hinweis auf deren im Vergleich zu freien Arbeitern geringere Arbeitsleistung zurückgewiesen. Bleibt die Tatsache, dass die Vereinig-

ten Staaten stets den Zugriff auf südamerikanische Naturkautschukvorkommen behielten, während die deutsche Industrie gerade wegen des fehlenden Erdöls zur Rationalisierung gezwungen gewesen sein könnte.

Einen Kontrapunkt setzte auch Albrecht Ritschl (Berlin) mit seinem Beitrag zur Autarkiepolitik des „Dritten Reichs“ aus ökonomischer Sicht⁶. Er wies auf die Zielantinomien in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten hin und plädierte dafür, von der intentionellen Ebene zu abstrahieren. Im Gegensatz zu traditionellen Interpretationen, welche die nationalsozialistische Autarkiepolitik vor allem als Kriegsvorbereitung deuteten, betonte Ritschl die Zwangslagen der deutschen Wirtschaft in den 1930er Jahren: Die Bewältigung des Transfermoratoriums könne demnach als zentraler Bezugspunkt der NS-Wirtschaftspolitik gesehen werden. Weniger die versuchte Umlenkung des deutschen Außenhandels nach Osten als vielmehr der Verlust von Exporterlösen auf den Märkten Westeuropas und Amerikas im Gefolge von Schuldenkrise und Transfersperre hätten spätere autarkische Tendenzen hervorgebracht. Die intendierte, weitgehende Autarkisierung Deutschlands sei jedoch ausser bei wenigen strategischen Rohstoffen weitgehend gescheitert. Zur Untermauerung seiner Thesen arbeitete der Referent mit einem wirtschaftsgeographischen Modell, in dem die verschiedenen Handelsblöcke (Commonwealth, Sterling-Block, Reichsmark-Block) ins Visier genommen wurden. In Hinblick auf Südosteuropa zeigte sich dabei 1938 kaum eine stärkere wirtschaftliche Durchdringung als 1913. Der Aussenhandel Deutschlands mit den Gläubigerländern ging zwar zurück, doch wurden die Handelströme kaum

⁴Jochen Streb: Internationale Zusammenarbeit und nationale Alleingänge: Die Entwicklung der Synthesekautschukindustrie in Deutschland und den USA vor und während des Zweiten Weltkriegs.

Download: <http://www.uni-tuebingen.de/uni/wwl/streb-ht.doc>

⁵vgl. Michael Prinz/ Rainer Zitelmann (Hrsg.): Nationalsozialismus und Modernisierung, 2. Aufl. Darmstadt 1994.

⁶Albrecht Ritschl/ Nikolaus Wolf: The Russian Disease: Trade Blocs and Currency Blocs in the Inter-War Period and Their Effects on International Trade.

Download: <http://www.uni-tuebingen.de/uni/wwl/ritschlgravity.pdf>

vom Welthandel abgelenkt. Von einer tatsächlichen Autarkisierung Deutschlands könne demnach nicht die Rede sein.

In der abschließenden Diskussion kritisierte Christoph Buchheim (Mannheim) die problematische Kategorie des Reichsmark-Blocks. Ausserdem wies er auf die Unterschiede zum Vortrag Michael Ebis hin: Während dieser Preiskonkurrenz für die Exporteinbrüche verantwortlich machte, stellte Ritschl die Sanktionspolitik der Westmächte heraus. Einig war man sich darin, dass die Verhältnisse im Zweiten Weltkrieg in der Erinnerung scheinbar auf die Vorkriegszeit übertragen wurden. Ein hohes Handelsvolumen mit Südosteuropa bedeutet zudem nicht unbedingt Abhängigkeit und die Autarkisierung erweist sich bei näherer Analyse eher als nationalsozialistische Propaganda, denn als tatsächlich erreichte Realität. Allerdings stellt sich die Frage, ob Evidenz nicht auch in mathematischen Modellen konstruiert werden kann. Jochen Streb wies schließlich auf die Widersprüche zwischen den Befunden von Baten/ Wagner und Ritschl hin: Während auf der einen Seite die negativen gesundheitlichen Folgen der Autarkisierung hervorgehoben wurden, stellte der letzte Beitrag eine quantifizierbare Abschottungstendenz überhaupt in Frage. Dies könnte an den leicht divergierenden Untersuchungszeiträumen der Studien liegen, doch stellte Ritschl noch einmal klar, dass er die 1930er sehr wohl als Entglobalisierungsphase sehe, in der Deutschland sich in Hinsicht auf die zurückgehende Integration allerdings kaum von den übrigen Marktteilnehmern unterschieden hätte.

Insgesamt lieferte die Sektion interessante Einblicke in unterschiedliche Ansätze zur Erforschung von Wirkungen der NS-Wirtschaftspolitik und fügte sich zudem gut in das Motto des Historikertags ein: Eine abnehmende internationale Integration der deutschen Volkswirtschaft entsprach der nationalsozialistischen Vision eines weitgehend autarken Großdeutschen Reiches, das sich in fast allen Bereichen selbst versorgen sollte - für die nationalsozialistische Führung aus politisch-militärischen Gründen eine anstrengenswerte Zielvorstellung. Dabei konnte man sich auf spezifisch deutsche Traditionen wirtschaftlicher Abschottung berufen⁷.

Deutlich wurde auch, dass die moderne Klio-metrie wichtige Beiträge zur Erhellung der hier angeschnittenen Fragen liefern kann, wenn sie die aus qualitativer Quellenarbeit zu erarbeitende politisch-ideologische Ebene nicht vernachlässigt. Dass kliometrische Arbeiten zudem keineswegs affirmativ wirken müssen, zeigt der Sektionsorganisator mit seinem jüngsten Beitrag zur Thematik, in dem auf die ambivalenten Wirkungen zunehmender Marktintegration hingewiesen wird⁸. Die übergeordnete Frage nach der „Globalisierungsgegnerschaft“ der Nationalsozialisten konnte indes nicht abschließend beantwortet werden. Dem standen die unterschiedlichen Ergebnisse der Teilnehmer entgegen, wobei allerdings auch erfolglose oder nur teilweise erfolgreiche Globalisierungsgegner als solche zu bezeichnen wären. Es sei aber zu bedenken gegeben, dass man die Nationalsozialisten mit gleichem Recht als Verfechter der Globalisierung bezeichnen könnte, wenn man berücksichtigt, dass die intendierte Autarkisierung der Vorbereitung eines Krieges diente. Dieser sollte nicht, wie fälschlicherweise jüngst von politischer Seite behauptet, von innenpolitischen Spannungen ablenken, sondern zielte von Beginn an ganz bewusst auf die Schaffung eines wirtschaftlich integrierten Großraums und letztlich auf globale Herrschaft ab.

Tagungsbericht *Historikertag 2002: Globalisierungsgegner? Die Abschottungstendenzen der NS-Wirtschaft und ihre Wirkungen im internationalen und intertemporalen Vergleich*. 12.09.2002, Halle an der Saale, in: H-Soz-Kult 23.09.2002.

⁷ vgl. Avram Barkai: *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945*. Frankfurt 1988.

⁸ Jörg Baten/ Uwe Fraunholz: *Globalization, Inequality and Globalization Backlash: The Case of the Latin American Periphery, 1950-2000*
Download: <http://www.uni-tuebingen.de/uni/wwl/globalization.doc>